

## Medienmitteilung

Thema	Schulreglement: Idealismus verhindert jegliche Lösung beim Zusammenarbeitsmodell
Für Rückfragen	Michael Köpfl i (Fraktionspräsident): 079 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail <a href="mailto:bern@grunliberale.ch">bern@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bern.grunliberale.ch">www.bern.grunliberale.ch</a>
Datum	29.01.10

### Schulreglement: Idealismus verhindert jegliche Lösung beim Zusammenarbeitsmodell

**Die glp-Fraktion nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass bei der Beschlussfassung über das künftige Zusammenarbeitsmodell an den Berner Volksschulen viele Stadtratsfraktionen taktische Spielchen einer konstruktiven Lösung vorzogen. Insbesondere bedauern die Grünliberalen, dass ihr eigener Kompromissantrag abgelehnt wurde, obwohl dieser bei den Schulleitungen, der Bildungsdirektion und vielen Lehrpersonen breite Zustimmung gefunden hatte.**

Die Grünliberalen hatten beantragt, dass der Gemeinderat dem Stadtrat bis im Sommer 2012 eine Vorlage für ein einheitliches Zusammenarbeitsmodell auf der Sekundarstufe I vorlegen sollte. Die Vorlage sollte auch die Bedingungen nennen, unter welchen an einem Schulstandort ausnahmsweise ein anderes Zusammenarbeitsmodell zulässig wäre. Basis für die Vorlage im Sommer 2012 sollte ein breit abgestütztes Mitwirkungsverfahren unter Einbezug der direkt Betroffenen sein. Ebenfalls wollten die Grünliberalen zum heutigen Zeitpunkt explizit kein bestehendes Modell bereits ausschliessen (weder das grossmehrheitlich praktizierte kooperative Modell Manuel noch die integrativen Modelle Spiegel und Twann).

In der Debatte zogen die SP und das GB – welche sich zuvor stets für eine Modellvielfalt ausgesprochen hatten – dann aber eine nicht mehrheitsfähige Extremvariante (welche das heute am häufigsten praktizierte Modell Manuel wie auch sämtliche Ausnahmen kategorisch ausgeschlossen hätte) dem Kompromissantrag der glp vor. Mit diesem taktischen Trick wehrten sich diese Fraktionen leider erfolgreich gegen jegliche Reformprozesse. Die GFL wiederum verhinderte den von den Schulleitungen und der BSS offen gestützten Kompromiss der glp deswegen, weil sie das Modell Manuel unbedingt schon heute kategorisch ausschliessen wollte.

Die glp-Fraktion befürwortet nach wie vor ein möglichst einheitliches Zusammenarbeitsmodell auf der Sekundarstufe I. Die Vereinheitlichung darf aber kein Selbstzweck sein, sondern soll die innerstädtische Mobilität und vor allem die Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler verbessern. Ausnahmen dürfen nur dann möglich sein, wenn die anderen Schulstandorte dadurch nicht tangiert werden und wenn die Ausnahmen nicht dazu führen, dass einzelne Schulstandorte aufgrund des gewählten Zusammenarbeitsmodells deutlich mehr Mittel pro Schüler beanspruchen.